

# Neue EU-Hilfen für Ägyptens Grenzregime

## Grenzauslagerung in Nordafrika

Ägyptens Militärregime geht nicht nur unbeirrt und mit eiserner Faust gegen die eigene Bevölkerung vor, sondern lässt unter eklatanter Verletzung internationalen Rechts jährlich tausende Geflüchtete verhaften und unter katastrophalen Bedingungen inhaftieren. Abgeschoben wird rigoros – auch nach Eritrea. Da inzwischen wieder verstärkt Ägypter\*innen aus dem Land fliehen, baut die EU ihre Migrationskooperation mit Kairo seit 2022 erneut massiv aus und rüstet nun auch Ägyptens Küstenwache auf.

Von **Sofian Philip Naceur**



European Union

19. Juni 2022: Der ägyptische Außenminister Samih Hasan Schukri trifft den Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell

**W**ieder einmal steht die ägyptische Volkswirtschaft vor einem regelrechten Kollaps. Innerhalb von nur zwölf Jahren versucht das mit mehr als 104 Millionen Einwohner\*innen bevölkerungsreichste arabische Land nun bereits zum dritten Mal einen drohenden Staatsbankrott in letzter Minute abzuwenden. Corona-Krise und Russlands Invasion der Ukraine sind zwar nicht die Ursachen der anhaltenden Wirtschaftskrise, haben diese aber enorm

verstärkt, zu einem milliardenschweren und bisher beispiellosen Abzug spekulativen Kapitals aus den Anleihemärkten des Landes geführt, den für Wirtschaft und Arbeitsmarkt so wichtigen Tourismussektor heftig getroffen und damit Ägyptens Zahlungsbilanzdefizit in bisher unerreichte Höhen getrieben.

Seit 2022 wirbt das zunehmend nervös werdende autoritäre Militärregime von Staatspräsident Abdel Fattah Al-Sisi nun mit

Nachdruck in Europa, beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und bei seinen traditionell wichtigsten bilateralen Geldgebern – den Golfstaaten Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) – um Kredite, Einlagen, Entwicklungshilfegelder und Investitionen. Letztere sind für die Zahlungsbilanz dabei inzwischen mindestens so wichtig geworden wie unmittelbare Budgethilfen, hat der Kapitalabzug doch die Währungsreserven der Zentralbank und die Verfügbarkeit von Devisen im Land derart stark beeinträchtigt, dass Regierung und Staats- und Privatwirtschaft kaum noch in der Lage sind, teils unersetzbare Importe zu bezahlen und abzuwickeln. Der heute astronomische Schuldendienst frisst zusätzlich Devisen auf.

Für die in Ägypten lebenden Menschen hat die Schulden-, Währungs- und Zahlungsbilanzkrise heftige Auswirkungen. Neben den seit 2020 immer wieder landesweit spürbaren Engpässen an Importgütern, bestimmten Lebensmitteln und Medikamenten explodiert die Inflation und zwingt einen Großteil der Bevölkerung zu drastischen Maßnahmen. Befeuert durch den Abzug spekulativen Kapitals und dem auch daraus resultierenden eklatanten Mangel an Devisen ließ die Zentralbank Ägyptens Währung, das ägyptische Pfund, seit März 2021 in mehreren Schritten massiv abwerten. Auch deshalb liegt die Inflation heute nach offiziellen Zahlen bei über 22%, inoffiziellen Schätzungen nach sogar um ein Vielfaches höher.

Auch ein Ende 2022 nach langwierigen Verhandlungen vereinbartes neues Kreditpaket mit dem IWF über drei Milliarden US-Dollar hielt die Abwärtsspirale nicht auf. Die Strukturkrise der ägyptischen Wirtschaft lässt sich inzwischen mit einfachen makroökonomischen Maßnahmen wie Krediten oder Einlagen nicht mehr kaschieren.<sup>1</sup> Entsprechend steht das Land wirtschaftlich am Abgrund, die soziale Lage ist explosiv. Kein Wunder also, dass ähnlich wie während der Wirtschaftskrise 2015 und 2016 verstärkt Ägypter\*innen aus dem Land fliehen. Die in Ägypten von vielen Menschen präferierte Arbeitsmigration in die Golfstaaten ist jedoch zunehmend schwieriger geworden, bremsen Saudi-Arabien, die VAE oder auch Kuwait doch inzwischen in Sachen Zuwanderung aus dem Land am Nil.<sup>2</sup> Entsprechend wagen seit 2021 immer mehr Menschen den gefährlichen Weg nach Europa, zumeist via Libyen. Irreguläre Ankünfte ägyptischer Staatsbürger\*innen in die EU stiegen von nur 996 im Jahr 2019 auf 9.219 zwei Jahre später und 21.301 im letzten Jahr. Ägypter\*innen führten damit 2022 sogar die nach Nationalitäten aufgeschlüsselten Statistiken über irreguläre Einwanderung in den Staatenbund an und stellten etwa 20% aller irregulär hierher Eingewanderten.<sup>3</sup>

Für die EU und ihre Mitgliedstaaten sind solche Zahlen Alarm-signale und werden schon seit 2021 mit der bereits allseits bekannten Mischung aus Warnungen vor „Einwanderungswellen“, xenophober Rhetorik und der Diskreditierung von „ökonomisch“ motivierter Flucht und Migration beantwortet. Auch in Sachen



Der Status Quo: Wie relativ oder schicksalhaft sind Grenzen?

unmittelbarer Maßnahmen zur Verminderung des „Migrationsdruckes“ aus Ägypten setzen Brüssel, Berlin oder Rom auf die üblichen Rezepte: wirtschaftliche Almosen in Form von Entwicklungshilfe, die „Bleibeperspektiven“ in wirtschaftlich kriselnden Staaten schaffen soll, eine Ausweitung von Abschiebungen und gegen internationales und EU-Recht verstoßende Push-backs an den europäischen Außengrenzen sowie dem raschen Ausbau der Polizei- und Migrationskooperation mit Drittstaaten, mit denen die Grenzauslagerung nach Nordafrika zusätzlich vorangetrieben werden soll.

### Aufrüstung von Ägyptens Küstenwache

Angesichts des jüngsten Anstiegs der irregulären Einwanderung in die EU aus Ägypten ist das autoritär geführte Land nun wenig überraschend abermals ins Zentrum der Aufmerksamkeit der EU-Bürokratie gerückt. Sogenannte „Grenzmanagementprojekte“ und Ausrüstungs- und Ausbildungsmaßnahmen mit Grenzkontrollbezug zugunsten ägyptischer Behörden wurden bislang mit wenigen Ausnahmen im Rahmen bilateraler Kooperationen zwischen einzelnen EU-Staaten und Ägypten durchgeführt. Ein 2022 vereinbarter Deal zwischen Brüssel und Kairo soll das nun ändern und dürfte die EU zum Schlüsselakteur in der Migrationskooperation mit Ägypten machen.

Im August 2022 bestätigte die EU-Kommission in ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der beiden Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Erik Marquardt und Tineke Strik (beide von der Fraktion Die Grünen/EFA), die Durchführung eines ersten direkt von der EU implementierten Grenzmanagementprojektes in Ägypten in Höhe von 80 Millionen Euro (23 Millionen Euro für das Jahr 2022, 57 Millionen für das laufende Jahr).<sup>4</sup> Damit wolle Brüssel Kairo dabei unterstützen, die irreguläre Migration über den Seeweg zu verhindern und die Grenzkontrollen an Ägyptens Grenzen zu den Nachbarländern Sudan und Libyen zu verstärken, so das Schreiben.

Der Vertrag für die erste Projektphase wurde im Oktober 2022 während des Kairo-Besuchs des EU-Kommissars für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik Olivér Várhelyi

<sup>1</sup> Vgl. Mahmoud Salem, *Egypt's infinite economic crisis*, The Tahrir Institute for Middle East Policy, 13.12.2022, <https://timep.org/commentary/analysis/egypts-infinite-economic-crisis/>

<sup>2</sup> Vgl. Rana Mamdouh, *Kuwait introduces new regulations to restrict inflow of Egyptian nationals seeking work*, Mada Masr, 11.12.2022, <https://www.madamasr.com/en/2022/12/11/news/kuwait-introduces-new-regulations-to-restrict-inflow-of-egyptian-nationals-seeking-work/>

<sup>3</sup> Vgl. UNHCR, *Italy see arrivals dashboard*, 26.1.2023, <https://data.unhcr.org/en/documents/details/98376>

<sup>4</sup> Vgl. EU-Kommission/Europäisches Parlament, *Parlamentarische Anfrage/Antwort E-002428/2022*, 24.8.2022, [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-9-2022-002428-ASW\\_EN.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-9-2022-002428-ASW_EN.html)

unterzeichnet und beinhaltet vor allem Mittelzusagen für den Erwerb von maritimer Grenzüberwachungsausrüstung. Von den Geldern sollen voraussichtlich vier Patrouillenboote, Wärmebildkameras und Satellitenortungssysteme angeschafft werden. Durchgeführt werden soll das Projekt von der International Organization for Migration (IOM) und der zum französischen Innenministerium gehörenden CIVIPOL, so der Chef des Ägypten-Büros von IOM, Laurent Boeck, gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters.<sup>5</sup>

Der Fokus des Programms auf Ägyptens Mittelmeerküste ist die logische Konsequenz jüngster Entwicklungen, zählte die EU doch 2021 erstmals seit 2016 wieder einen nennenswerten Anstieg irregulärer Abfahrten von hier. Zwar sind diese Zahlen im Vergleich zu Abfahrten in Libyen oder Tunesien noch moderat,<sup>6</sup> doch angesichts des seitens EU-Offizieller immer wieder gebetsmühlenartig beschworenen „Migrationspotentials“ der ägyptischen Gesellschaft setzt Brüssel in Ägypten nun auf proaktive Prävention – vor allem mit polizeilich-militärischen Mitteln.

### Bilaterale Polizeikooperation mit Ägypten

Eine Kooperation mit dem ägyptischen Polizei- oder Militärapparat unterstützt jedoch nicht nur direkt den Ausbau der „Festung Europa“ auf nordafrikanischem Boden, sondern leistet der auf polizeilichen Repressalien, Massenüberwachung und Bevölkerungskontrolle setzenden Machterhaltungspolitik des Al-Sisi-Regimes unmittelbar Vorschub. Vor allem Italien, Deutschland und Frankreich lieferten in den vergangenen 15 Jahren immer wieder Ausrüstung oder organisierten Trainings für ägyptische Sicherheitskräfte, die von diesen potentiell für Menschenrechtsverbrechen, Onlineüberwachung von Dissidenten, Aktivist\*innen und Menschenrechtler\*innen oder das gewaltsame Auflösen von Demonstrationen genutzt werden können – und offensichtlich teils genutzt wurden und werden. Regierungsoffizielle aus diesen drei Staaten bekräftigen zwar immer wieder halbherzig, man achte im Rahmen der Sicherheits- oder Polizeikooperation auf die Einhaltung von Menschenrechtsstandards und wisse nichts Konkretes über mit Hilfe dieser Unterstützungsleistungen verübten Menschenrechtsverletzungen durch ägyptische Behörden. Die regelrechte Flut an Berichten über staatliche Repressalien seit 2013 von NGOs und Journalist\*innen legt jedoch nahe, das europäische Kapazitätsaufbauhilfen durchaus für interne Repressalien genutzt werden.

In Sachen unmittelbarer Migrations- und Polizeikooperation mit Kairo war Italien der erste EU-Staat, der konkrete Maßnahmen und entsprechende Kooperationsprojekte in Ägypten initiierte. Schon 2000 unterzeichneten Rom und Kairo ein bilaterales Polizeiabkommen, das 2002 in Kraft trat und in dessen Rahmen seit 2004 regelmäßig Trainingsprogramme für ägyptische Sicherheitskräfte an verschiedenen italienischen Polizeischulen zu verschiedensten Themen (unter anderem zu Dokumentensicherheit sowie Fahrtrainings) durchgeführt werden. Zwischen 2011 und 2019 fanden hier jährlich durchschnittlich zehn Ausbildungsmaßnahmen zugunsten ägyptischer Beamt\*innen statt. 2007 übergab Italien Ägypten zwei Patrouillenboote während italienische Firmen (Beretta, Iveco) das ägyptische Innenministerium mit Handfeuerwaffen und Fahrzeugen für die bei Protesten eingesetzte berüchtigte Einsatzpolizei (Central Security Forces) belieferte. 2007 einigten sich beide Regierungen auf ein bilaterales Rücknahme- und Ab-

schiebeabkommen, von dem Italien seit dessen Inkrafttreten 2008 reichlich Gebrauch macht.<sup>7</sup>

Während Frankreich seit den späten 2000ern vor allem Ausrüstung für Ägyptens Polizeiapparat bereitstellt und die Central Security Forces und andere Polizei- und Militärbehörden mit modernsten Protesträumfahrzeugen der Modelle MIDS und Sherpa belieferte (beide Fahrzeugtypen wurden zwischen 2013 und 2016 nachweislich bei dem gewaltsamen Auflösen von Demonstrationen und Protestcamps eingesetzt),<sup>8</sup> setzt Deutschland ähnlich wie Italien auf Polizeitrainings. 2016 hatten Berlin und Kairo nach zweijährigen Verhandlungen ebenfalls ein Sicherheitsabkommen im Polizeibereich unterzeichnet, das die Bereiche Kampf gegen organisierte Kriminalität, Terrorismus, und „illegale“ Migration sowie Katastrophenschutz und polizeiliche Aufgabenerfüllung bei Großveranstaltungen umfasst. Auf deutscher Seite sind das Bundeskriminalamt (BKA) und die Bundespolizei, auf ägyptischer Seite das Innenministerium, die Grenzpolizei sowie die Geheimdienste General Intelligence Service (Auslandsgeheimdienst) und National Security Agency (NSA, die auch als Staatssicherheitsdienst bekannte politische Polizei des Regimes) beteiligt.

Hauptaugenmerk der seit 2015 laufenden Trainings- und Ausrüstungshilfen war bisher vor allem die Flughafensicherheit. An Flughäfen in Kairo, Alexandria und Hurgada wurde im Rahmen des Sicherheitsabkommens modernste Sicherheitstechnologie zur Gepäck- und Personenkontrolle installiert, während die Grenzpolizei mit Dokumentenscannern und Fingerabdruckgeräten ausgestattet wurde. Grenzbeamt\*innen wurden wiederholt im Umgang mit diesen und zum Thema Urkunden- und Dokumentensicherheit von deutschen Polizeibehörden fortgebildet.

### Die Polizeiakademie in Kairo

Zu einer zentralen Institution in Sachen internationaler Polizeikooperation hat sich inzwischen die Polizeiakademie in Kairo gemauert – sowohl für Europas Grenzregime als auch für die allgemeine polizeiliche Unterstützung europäischer Staaten oder der Vereinten Nationen (UN) zugunsten Ägyptens und anderer afrikanischer Regierungen. Die zu Ägyptens Innenministerium gehörende Ausbildungsstätte konnte in den letzten Jahren zahlreiche internationale Kooperationsprojekte im Polizeibereich abschließen und ist heute zu einem regelrechten Cluster für nationale, regionale und überregionale polizeiliche Aus- und Fortbildungsprogramme mutiert.

Schon 2017 hatten Italien und Ägypten ein „technisches“ Kooperationsabkommen im Migrationsbereich in Höhe von 1,8 Millionen Euro unterzeichnet, dessen wichtigster Bestandteil die Einrichtung eines polizeilichen Trainingszentrums für migrationspolitisch relevante Belange unter dem Dach der Polizeiakademie ist. Die teils durch EU-Mittel finanzierte und im Rahmen des Khartoum-Prozesses (ein vom International Center for Migration Policy Development in Wien koordiniertes informelles Austauschforum zwischen europäischen und afrikanischen Regierungen) vorangetriebene Vereinbarung wurde inzwischen verlängert und zielt nicht nur auf die Aus- und Fortbildung ägyptischer Sicherheitskräfte. Italiens Innenministerium wollte in der ITEPA (International Training Center at the Egyptian Police Academy) ursprünglich 360 Offizielle aus 22 afrikanischen Staaten weiterbilden; bis heute dürfte diese Zielmarke jedoch um ein Vielfaches höher liegen.<sup>9</sup>

<sup>5</sup> Vgl. Aidan Lewis, *EU funds border control deal in Egypt with migration via Libya on the rise*, Reuters, 31.10.2022, <https://www.reuters.com/world/eu-funds-border-control-deal-egypt-with-migration-via-libya-rise-2022-10-30/>

<sup>6</sup> Vgl. Council of the European Union, *Egypt Discussion Paper*, 18.2.2022, [https://migration-control.info/wp-content/uploads/2022/02/sto6135\\_en22.pdf](https://migration-control.info/wp-content/uploads/2022/02/sto6135_en22.pdf)

<sup>7</sup> Vgl. Sofian Philip Naceur, *An „accessory“ to repression*, Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V., März 2018, [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Artikel/03-18\\_Online-Publ\\_accessory\\_to\\_repression.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Artikel/03-18_Online-Publ_accessory_to_repression.pdf)

<sup>8</sup> Vgl. Amnesty International/Citizen Evidence Lab, *Tracking French military vehicles in Egypt*, 16.10.2018, <https://citizenevidence.org/2018/10/16/tracking-french-military-vehicles-in-egypt/>

<sup>9</sup> Vgl. Sara Prestianni, *Security and Migration*, ARCI, 2019, <https://www.arci.it/app/uploads/2019/05/report-2019-inglese-normal.pdf>

Während im Rahmen des deutsch-ägyptischen Sicherheitsabkommens auch eine Zusammenarbeit zwischen der Bundespolizeiakademie und der Polizeiakademie in Kairo in Form von Vorträgen und Lehrgängen vorgesehen ist, kooperiert die Ausbildungsstätte in Kairo auch mit der UN. Erst 2021 war von der ägyptischen Regierung unter dem Dach der Akademie das Egyptian Center for Training on Peacekeeping Operations ins Leben gerufen worden, in dem polizeiliche Friedenstruppen für die UN Police Division oder die Afrikanische Union ausgebildet werden sollen.<sup>10</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen der Polizeiakademie und der UN ist jedoch keineswegs neu, denn auch das United Nations Office for Drugs and Crime (UNODC) oder IOM nutzen die Akademie bereits seit Jahren regelmäßig für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Sowohl das UNODC als auch IOM haben im letzten Jahrzehnt immer wieder Lehrgänge im Migrationsbereich für ägyptische Offizielle aus den Ressorts Justiz, Staatsanwaltschaft und Polizei sowie Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft durchgeführt. Im Rahmen von national oder regional ausgerichteten Projekten haben beide Organisationen ein Hauptaugenmerk auf den Kampf gegen organisierte Kriminalität und Schmuggler\*innennetzwerke und lieferten wiederholt Ausrüstung für ägyptische Strafverfolgungsbehörden. Zuletzt übergab das UNODC Ende 2022 eine nicht näher genannte Anzahl an Dokumentenscannern an Ägyptens Innenministerium. Beide Organisationen konnten dabei ihre Aktivitäten sowohl innerhalb der Polizeiakademie als auch generell in Ägypten seit 2016 sichtbar ausweiten.

### Das Rashid-Desaster

Jenes Jahr gilt derweil bis heute als Wendepunkt in der europäisch-ägyptischen Migrationskooperation. Damals kenterte vor der Küste der Kleinstadt Rashid östlich von Alexandria ein mit hunderten Menschen völlig überladener Fischtrawler, bis zu 300 Flüchtende sollen dabei ertrunken sein. Politische Repressalien, heftige Wirtschaftskrise und soziale Misere hatten damals nicht nur den irregulären Exodus nach Europa via Libyen angeheizt, sondern auch eine für Schlepper\*innen lukrative Route von Ägyptens Mittelmeerküste eröffnet. Ägyptens Regime instrumentalisierte das Rashid-Desaster nach dem Vorbild des EU-Türkei-Deals unmittelbar nach dem Kentern des Bootes und versprach schärfere Kontrollen an der ägyptischen Mittelmeerküste – inoffiziell im Gegenzug für wirtschaftliche Hilfen und eine politische Rehabilitation auf dem internationalen Parkett nach Jahren der diplomatischen Spannungen angesichts der erbarmungslosen Repressalien von Ägyptens Regime gegen Opposition und Zivilgesellschaft nach dem Militärputsch von 2013.

In der Tat ließ Präsident Al-Sisi nach dem Rashid-Vorfall zügig die Seegrenzen schließen. Kaum ein Boot legte in den Folgejahren irregulär von Ägyptens Mittelmeerküste ab. Seither flohen Ägypter\*innen und im Land lebende Geflüchtete aus anderen afrikanischen oder arabischen Staaten zumeist nach Libyen und von dort aus nach Italien – für einige Jahre waren es allerdings in der Tat deutlich weniger Menschen, die via Ägypten irregulär in die EU einwanderten. Während sich das Regime mit der effektiven und raschen Schließung der Seegrenzen als verlässlicher Partner in Sachen Grenzüberwachung und -kontrolle in Szene setzte, ließen ägyptische Regierungsoffizielle seither kaum eine Gelegenheit aus, um die Alltagslage von in Ägypten lebenden Geflüchteten aus anderen Staaten zu beschönigen, die Gastfreundschaft Ägyptens hervorzuheben und der EU und ihren Mitgliedstaaten zu verstehen zu geben, das lediglich ein wirtschaftlich stabiles Ägypten in der Lage

sei, diese Gastfreundschaft auch langfristig aufrecht zu erhalten.

Nicht nur, aber auch deshalb bauten vor allem Italien und Deutschland seitdem ihre developmentpolitische Kooperation in Ägypten massiv aus, wollen damit nach eigenen Angaben „Bleibeperspektiven“ für potentielle Migrant\*innen schaffen und jene Kommunen unterstützen, die eine substantielle Anzahl an Geflüchteten beherbergen. Neben den bilateral von Rom und Berlin finanzierten Projekten (meist durchgeführt durch staatliche Agenturen wie der bundesdeutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ) hat auch die EU mehrere Entwicklungshilfeprogramme für Ägypten aufgelegt. Während rund 60 Millionen Euro aus dem EU-Treuhandfond für Afrika in ein Programm zur Beschäftigungsförderung fließen, habe die EU-Kommission seit 2015 fast 33 Millionen Euro an Hilfen für Flüchtlinge und Asylbewerber\*innen in Ägypten bereitgestellt, so die Kommission in einem 2022 veröffentlichten Dokument.<sup>11</sup>

### Katastrophale Alltagslage

Während die ägyptische Regierung – wie zuletzt das Außenministerium in einer Stellungnahme im Dezember 2022 – weiterhin gebetsmühlenartig betont, Migrant\*innen und Flüchtlinge würden im Land „Seite an Seite“ mit der ägyptischen Bevölkerung leben und hätten Zugang zu staatlichen Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit und Bildung sowie „volle Autonomie“, sieht die Realität anders aus. Obwohl Ägypten die Flüchtlingshilfekonvention von 1951 unterzeichnet hat, verstößt das Land konsequent gegen dessen Bestimmungen. Asylverfahren sind vollständig an das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) ausgelagert während irregulär ins Land eingereiste Menschen bei ägyptischen Behörden de facto keinen Aufenthaltstitel beantragen können. Formelle Anstellungen sind ihnen damit ebenso verwehrt wie der Zugang zu Gesundheits- und Bildungsleistungen. Geflüchtete werden damit in die Informalität gedrängt und sind auf den informellen Arbeitsmarkt angewiesen. Schlechte Löhne, systematische Ausbeutung und willkürliche Behandlung durch Arbeitgeber\*innen sind hier an der Tagesordnung.

Lediglich beim UNHCR registrierte Flüchtlinge und Asylbewerber\*innen haben einen partiellen Zugang zu staatlicher Unterstützung in Ägypten. Doch die Wartezeiten für eine Registrierung bei der UN-Behörde liegen oft zwischen einem und zwei Jahren. Derweil ist nur ein Bruchteil der im Land lebenden Geflüchteten beim UNHCR registriert – oft auch, weil die Behörde Anträge nicht adäquat begründet ablehnt, Statusdokumente nicht verlängert oder Menschen nach langen Wartezeiten schlicht aufgeben, sich registrieren zu lassen. Ende Oktober 2022 waren nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks gerade mal 288.173 Menschen bei der UN registriert, die Hälfte davon aus Syrien. Unterstützungsleistungen des UNHCR, ägyptischer Behörden oder NGOs sind zudem oft an einen offiziellen Status bei der UN gekoppelt. Auch deshalb sind die meisten der im Land lebenden Geflüchteten auf sich allein gestellt.

Ohne eine UN-Registrierung sind Menschen zusätzlich staatlichen Repressalien und Willkür ausgesetzt. Denn ohne ein UNHCR-Statusdokument, das für irregulär im Land lebende Geflüchtete wie ein Ausweispapier fungiert und zumindest in der Theorie von Polizeibehörden anerkannt wird, droht ihnen bei Polizeikontrollen die Inhaftierung und in vielen Fällen eine Abschiebung. Immer wieder protestierten Geflüchtete in den letzten 20 Jahren gegen mangelhafte Anerkennungspraxis des UNHCR, ausbleibende Unterstützungsleistungen oder rassistische und gewaltsame Über-

<sup>10</sup> Vgl. *Egyptian Gazette, Academy's students insist on achieving security*, 10.10.2022, <https://egyptian-gazette.com/egypt/police-academy-chief-academy-students-insist-on-achieving-security-protecting-homeland/>

<sup>11</sup> Vgl. *Council of the European Union, Draft Action Plan Egypt*, 15.6.2022, <https://migration-control.info/wp-content/uploads/2022/06/st10130.en22.pdf>

griffe durch Ägypter\*innen, doch der Staat reagierte ausnahmslos mit Repressalien. Unerreicht blieb bis heute der Gewaltexzess der Polizei gegen ein Protestcamp von Geflüchteten in Mohandeseen in Giza 2005 vor dem UNHCR-Sitz, mindestens 23 Menschen waren dabei getötet worden. Doch auch 2019 und 2020 ging die Polizei brutal gegen Proteste eritreischer und sudanesischer Geflüchteter in Giza vor und ließ in beiden Fällen dutzende Menschen verhaften.

### Inhaftierungs- und Abschiebep Praxis

Einmal inhaftiert, droht den meisten Menschen früher oder später die Abschiebung. Früher hatten sowohl das UNHCR als auch lokale und internationale Hilfsorganisationen partiellen Zugang zu im Land inhaftierten Geflüchteten. Seit den Protesten 2019 und 2020 ist das deutlich schwieriger. Auch deshalb ist die Inhaftierungs- und Abschiebep Praxis ägyptischer Behörden mehr denn je eine Black Box. Zahlen zu im Inland verhafteten und inhaftierten Geflüchteten gibt es praktisch nicht, während Verhaftungen an Ägyptens Außengrenzen nur unvollständig und vereinzelt öffentlich kommuniziert werden.

2015 seien insgesamt 22.026 Menschen nach irregulären Grenzübertritten in Ägypten inhaftiert worden, 2016 waren es 12.191, schreibt die Menschenrechtsorganisation EuroMed Rights in einem Bericht.<sup>12</sup> Zwischen 2017 und 2021 waren es rund 80.000, so die ägyptische NGO Refugee Platform in Egypt (RPE) mit Verweis auf die unregelmäßig veröffentlichten Stellungnahmen von Ägyptens Verteidigungsministeriums.<sup>13</sup> Das Dokumentationszentrum für Haft- und Abschiebepolitik gegen Geflüchtete Global Detention Project (GDP) berichtet von 3.256 Geflüchteten, die in den ersten zehn Monaten 2022 im Land verhaftet worden sein sollen.<sup>14</sup> Bis 2016 waren die meisten Geflüchteten an der Nordküste inhaftiert. Seit dem Rashid-Desaster habe sich die Haftgeographie in den Süden verschoben, so das GDP. Heute seien Menschen vor allem in Polizeistationen in Aswan, Luxor und in Kleinstädten am Roten Meer in Haft.

Noch deutlich nebulöser ist dabei die Abschiebep Praxis ägyptischer Behörden. Immer mal wieder veröffentlichten zivilgesellschaftliche Organisationen oder Medien Berichte über Abschiebungen. Doch ob der Sensibilität des Themas und der Intransparenz von Armee und Innenministerium sind Zivilgesellschaft und Presse kaum in der Lage, behördliche Abschiebep Praktiken im Land in ihrer Gänze zu erfassen.<sup>15</sup> Dennoch vermochte es RPE 2021 und 2022 die eindeutig gegen internationales Recht verstoßenden Abschiebungen von 90 Menschen in die Militärdiktatur Eritrea minutiös zu dokumentieren. Zuvor hatte es jahrelang keine öffentlich bestätigten Fälle von Abschiebungen aus Ägypten nach Eritrea gegeben, doch Beobachter\*innen zufolge haben die illegalen Ausweisungen seit der von Amnesty International 2008 bestätigten Abschiebewelle gegen 1,200 Menschen aus Ägypten nach Eritrea nie aufgehört.<sup>16</sup> Zuletzt ebenso im Visier ägyptischer Behörden waren Menschen aus Südsudan. Zwischen Mai und Oktober 2022 waren nach Angaben des GDP mindestens 80 Menschen aus Ägypten in den Südsudan abgeschoben worden. Völlig

nebulös bleibt derweil, wie ägyptische Innenbehörden mit Menschen anderer Nationalitäten umgehen. Das Land bleibt also in Sachen Abschiebep Praxis weiter eine regelrechte Black Box.

### Ausbau der „Festung Ägypten“

Trotz zehntausender politischer Gefangener, der weiterhin systematischen Folter von Inhaftierten durch ägyptische Polizei- und Geheimdienstbehörden, der Massenüberwachung von Oppositionellen und Menschenrechtler\*innen mit Hilfe von aus Italien oder Frankreich gelieferter Spionagesoftware und den gut dokumentieren systematischen Verletzungen internationaler Flüchtlingskonventionen und der verbrieften Rechte Geflüchteter durch ägyptische Innenbehörden setzen die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre polizeiliche und militärische Migrationskooperation mit dem Al-Sisi-Regime konsequent fort und bauen diese nun sogar substantiell aus.

Neben der Ausweitung der Sicherheitskooperation wird nun zusätzlich die Auslagerung von Asylverfahren auf nordafrikanischen Boden vorangetrieben. Nachdem EU und UNHCR schon in Tunesien den Entwurfsprozess eines Asylgesetzes unterstützt haben (der Entwurf für ein solches Gesetz ist seit 2017 fertig, wurde aber dem Parlament nie zur Abstimmung vorgelegt), drängt die EU Agency for Asylum nun bereits seit 2021 Ägypten dazu, ebenso ein solches Gesetz voranzutreiben. Der Entwurfsprozess stockt und ist höchst intransparent, doch die ägyptische Zivilgesellschaft zeigt sich bislang wenig optimistisch, dass ein solches Gesetz ernsthafte Verbesserungen für Geflüchtete nach sich ziehen würde. Ägyptens Regierung scheint das Projekt vielmehr aus strategischen Gründen entwickeln zu wollen und dürfte es – sollte es denn wirklich irgendwann verabschiedet werden – für eigene Zwecke nutzen zu wollen, verfolgt das Regime mit seiner auf Bevölkerungskontrolle ausgerichteten Grenzkontroll- und Migrationspolitik doch ebenso ganz eigene Ziele.

Ägyptens drohende wirtschaftliche Kernschmelze dürfte derweil erneut mit Hilfe externer Unterstützung verhindert oder zumindest hinausgezögert werden, gilt das Land doch unter anderem aufgrund seiner Frontstellung im Nahostkonflikt und seiner auf rund 104 Millionen Menschen angewachsenen Bevölkerung als „too big to fail“, ein Fakt, der einmal mehr unmissverständlich aufzeigt; in der heutigen globalisierten und auf Profitmaximierung der Eliten im Globalen Norden und Süden ausgerichteten Weltwirtschaft bleibt Ägypten ein peripherer und strukturell höchst abhängiger Staat, der gezwungen ist, sich den Diktaten von IWF und Kapitalinteressen unterzuordnen. Auch um eigene Privilegien und den Machtanspruch im Inland abzusichern spielen Ägyptens Staats- und Militäreliten bereitwillig dabei mit, sich echten wirtschaftspolitischen Kursänderungen zu verweigern und stattdessen gemeinsam mit EU und ihren Mitgliedstaaten einer dystopischen umfassenden Bevölkerungs- und Migrationskontrolle in Ägypten und in der gesamten Region den Weg zu bereiten. 🌐

<sup>12</sup> Vgl. Muhammad Al-Kashef/Marie Martin, *EU-Egypt migration cooperation: At the expense of human rights*, EuroMed Rights, Juli 2019, <https://www.statewatch.org/media/documents/news/2019/jul/Report-on-EU-Egypt-cooperation-on-migration%20.pdf>

<sup>13</sup> Vgl. *Refugee Platform in Egypt, The crime: Seeking asylum in Egypt, Dezember 2021*, <https://rpegy.org/wp-content/uploads/2021/12/20.12.2021-Case-report-English.pdf>

<sup>14</sup> Vgl. *Global Detention Project, Egypt country profile, 2022*, [www.globaldetentionproject.org/countries/africa/egypt](http://www.globaldetentionproject.org/countries/africa/egypt)

<sup>15</sup> Vgl. *Sofian Philip Naceur, Black Box Ägypten*, Rosa-Luxemburg-Stiftung North Africa Office, April 2022, [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/Blackbox\\_Aegypten.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Blackbox_Aegypten.pdf)

<sup>16</sup> Vgl. *Amnesty International, Eritrean asylum-seekers face deportation from Egypt*, 19.12.2008, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2008/12/eritrean-asylum-seekers-face-deportation-egypt-20081219/>

**Sofian Philip Naceur** ist Journalist und seit 2021 Mitarbeiter des Nordafrika-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tunis. Von 2012 bis 2018 arbeitete er als freier Ägypten-Korrespondent für Print- und Internetmedien in Europa und Nordafrika.

Email: [mail@sofiannaceur.de](mailto:mail@sofiannaceur.de)